

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Auflösung der Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur

Die gegründete Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur (GfB) wurde für die Haushaltsjahre 2004/2005 mit insgesamt 25 Millionen Euro ausgestattet. Ziel der Gesellschaft war, durch so genannte Effizienzgewinne Einsparungen im gesamten Bildungsbereich ab 2006 in Höhe von 8 Millionen Euro zu realisieren.

Bis heute liegt der Stadtbürgerschaft kein Konzept vor, das schlüssig aufzeigt, wie der Einspareffekt in Höhe von acht Millionen Euro erzielt werden soll. Die geplante Personalüberführung aus dem öffentlichen Dienst von 16,75 Stellen hat nicht stattgefunden. Die GfB beschäftigt derzeit lediglich einen Geschäftsführer. Bei vollständiger Aufgabenübertragung auf die GfB würden jährlich rund 200.000 Euro Umsatzsteuer anfallen.

Statt neben der Verwaltung eine zusätzliche Entscheidungsebene in Form der GfB auszubauen, sollten die Schulen selbst größere Gestaltungsspielräume erhalten.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft beschließt, die Gesellschaft für Bildungsinfrastruktur (GfB) wird zum 31. Dezember 2005 aufgelöst. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, die dazu erforderlichen Schritte zeitgerecht einzuleiten, und die der GfB übertragenen Aufgaben in den Kernbereich der Verwaltung einzugliedern.

Anja Stahmann, Jan Köhler,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen